

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (8. Jahrgang, Nr. 08, August 2014)

Ein Sonnenstrahl reicht, um viel Dunkel zu erhellen.

Franz von Assisi

Wolfgang Kessler

Die Freihandelsfälle

Barack Obama und Angela Merkel wünschen sich angeblich nur einen freien Handel zwischen den USA und der EU. In Wirklichkeit geht es um mehr Macht für große Konzerne - auf Kosten von Demokratie, Mensch und Natur

Barack Obama und Angela Merkel hatten sich alles so schön ausgedacht. Zunächst wollten sie den Bürgern die Freihandelszone als Vision für mehr Wachstum und Wohlstand schmackhaft machen. Über die Einzelheiten der sogenannten *Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft* (TTIP) sollten dann die Diplomaten verhandeln – hinter verschlossenen Türen, damit die Risiken und Nebenwirkungen dieser Vision geheim bleiben. Irgendwann 2015 wollten der US-Präsident und die Bundeskanzlerin dann feierlich den Abschluss des Freihandelsabkommens verkünden. Doch der Plan ist nicht aufgegangen. Zug um Zug werden die wirklichen Ziele hinter diesem Projekt publik - und Barack Obama und Angela Merkel immer nervöser.

Das Ungemach begann schon damit, dass die Prognosen über die wirtschaftlichen Wirkungen eines Freihandelsabkommens viel bescheidener ausfielen, als die Politik sich dies erhofft hatte. Einzig die *Bertelsmann Stiftung* verströmt etwas Begeisterung. Wenn alle Zölle fallen und die Bedingungen für den Handel zwischen den beiden Kontinenten angeglichen würden, dann könnten in den kommenden 15 Jahren in Deutschland 181.092 neue Arbeitsplätze entstehen, in den USA könnten es 1.085.501 sein. Das Münchner *ifo-Institut* kommt in 15 Jahren allenfalls auf 68.790 Arbeitsplätze in Deutschland und 124.130 Jobs in den USA - in 15 Jahren. Angesichts so magerer Zahlen fragten sogar wirtschaftsnahe Ökonomen, ob sich der Aufwand 18-monatiger Verhandlungen für dieses magere Ergebnis lohne.

Die Antwort lautet: Nein. Es sei denn, es ginge dabei um viel weiter gehende Ziele.

Und genau dies ist der Fall. Spätestens seit grüne Europa-Parlamentarier nach dem Vorbild von *Wiki-leaks* ein Verhandlungsdokument der EU ins Internet stellten, wissen Beobachter, worum es bei den Verhandlungen in erster Linie geht: Nämlich um die

Beseitigung sogenannter nichttarifärer Hemmnisse für den Handel und für Investitionen, damit die Unternehmen bessere Bedingungen für ihre globalen Geschäfte haben. Nichttarifäre Hemmnisse das sind zum Beispiel Regeln für die Finanzmärkte oder Gesetze zum Schutz von Arbeitnehmern, Gesundheit, Klima und Umwelt.

Natürlich will niemand offen Schutzgesetze beseitigen. Stattdessen geht es in den Verhandlungen um wohlklingende Ziele wie »Rechtssicherheit«, »Harmonisierung« oder »den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen«. Doch hinter diesen Zielen verbirgt sich ein Machtkampf zwischen Wirtschaft und Demokratie.

Rechtssicherheit und Investitionsschutz

Rechtssicherheit ist für Unternehmen auf dem Weltmarkt sehr wichtig. Sie investieren nicht hunderte Millionen Dollar, wenn sie in bestimmten Ländern um ihr Eigentum fürchten müssen. Das ist verständlich.

Doch in den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen zwischen Rechtsstaaten geht es den Konzernen um viel mehr. »Sie wollen mehr Macht über die Politik«, erklärt Glyn Moody, ein britischer Journalist der Tageszeitung *Guardian*. Und Moody sagt auch, wie: »Sie wollen das Recht, Regierungen zu verklagen, wenn deren Politik für sie Gewinneinbußen bringt.« Im Klartext kann dies heißen: Wenn ein Staat Umweltgesetze verschärft oder neue strengere Arbeitsschutzregeln einführt, könnte ein Unternehmen die Regierung vor Gericht zerrren - mit der Begründung, die Gesetze schmälerten die künftigen Gewinne.

Damit sie ihre Interessen besser durchsetzen können, wollen die Konzerne solche Streitigkeiten nicht etwa von nationalen Gerichten entscheiden lassen, sondern von speziellen Streitschlichtungs-Kammern, die mit internationalen Juristen besetzt sind. Mithilfe solcher Kammern verklagt der US-Konzern *Eli Lilly* derzeit Kanada, weil die kanadische Regierung zwei Patente des Konzerns für ungültig erklärte. Die Medikamente hätten keinen Nutzen, sagt die Regierung. Jetzt will der Konzern vom kanadischen Staat Schadenersatz wegen entgangener Gewinne. Möglich wird dies durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen. Solche Klagen könnten bei einer transatlantischen Partnerschaft auch in Europa

und in den USA Schule machen. Das würde die Macht der Investoren gegenüber der Politik stärken.

Harmonisierung von Vorschriften

Kein Zweifel, die Harmonisierung von Vorschriften beider Kontinente könnte ein Vorteil sein: dann, wenn sie sich auf das höchste Schutzniveau verständigen. Leider unterscheiden sich die europäische und die amerikanische Kultur in dieser Hinsicht grundsätzlich. Europa folgt dem Vorsorgeprinzip: Wenn nicht sicher ist, ob Verfahren oder Stoffe gefährlich sind, werden sie verboten.

In den USA ist es umgekehrt: Solange nicht zweifelsfrei nachgewiesen ist, dass Stoffe oder Verfahren schaden, sind sie erlaubt.

Wie bei einer »Harmonisierung« dieser Kulturen letztlich der geringere Schutzstandard herauskommen könnte, erklärt Glyn Moody am Beispiel eines Reinigungsverfahrens für Hähnchen, bei dem Chlor eingesetzt wird.

In Europa ist das verboten: »Zur Harmonisierung gibt es drei Möglichkeiten: 1. Man erlaubt Chlor, dann sinkt das Schutzniveau. 2. Man erlaubt Chlor nicht mehr – dann müssten die USA ihre Vorschriften ändern, wozu es nicht kommen wird. Oder 3. man einigt sich auf eine gegenseitige Anerkennung der bestehenden Standards. Dann können die Amerikaner Chlor-Hähnchen in Zukunft auch in Europa verkaufen. Das Ergebnis ist eine Absenkung der Standards.« Nach diesem Muster droht die Absenkung von Standards in vielen Bereichen.

Abbau von Regeln und Subventionen

Ein Ziel von Freihandelsabkommen ist der Abbau von Auflagen und Subventionen sowie die Privatisierung von Leistungen. Diesem Ziel drohen viele sinnvolle Auflagen und Subventionen zum Opfer zu fallen, die der Wirtschaft ein Dorn im Auge sind: Regeln für die Finanzmärkte, Auflagen für den Luftverkehr, Fördersysteme für erneuerbare Energien oder für die Kultur, Unterstützungsleistungen für die bäuerliche Landwirtschaft, der ökofaire Einkauf von Kommunen. Und diese Form von Freihandel könnte zur Privatisierung von Leistungen führen, die für die Menschen lebenswichtig sind: die Versorgung mit Wasser und Strom, medizinischen Leistungen und Bildungseinrichtungen.

Alles Panikmache, heißt es in der EU-Kommission angesichts der wachsenden Kritik. »Ich werde sicherstellen, dass das TTIP kein Unterbietungsabkommen wird«, sagt der zuständige EU-Handelskommissar Karel de Gucht. Andererseits muss er dann erklären, warum die Öffentlichkeit nichts über den Stand der Verhandlungen über das Abkommen erfahren soll, während »600 offizielle Berater der Großkonzerne privilegierten Zugang zu den Dokumenten und zu den Entscheidungsträgern haben«, wie die US-Verbraucheranwältin Lori Walach erfahren hat.

Und der Kommissar muss erklären, warum die EU-Kommission künftig Gesetze und Regulierungen erst verabschieden will, nachdem vorher eine »regulatorische Kooperation- mit der US- Regierung und Vertretern großer Unternehmen stattgefunden hat. Die-

sen geheimen Vorschlag hat, das *Corporate Europe Observatory*, eine Nichtregierungsorganisation, veröffentlicht. Und er bedeutet, dass die Parlamente künftig noch weniger Macht haben sollen.

Solche Pläne verraten das wahre Interesse der Europäer, vor allem aber der US-Amerikaner an einer Freihandelszone. Im Zuge der Finanz- und Klimakrise haben die Vereinigten Staaten viel von ihrer Weltmachtstellung verloren: Die USA sind inzwischen bei China hoch verschuldet. Auch Russland hat an Macht gewonnen, weil es über große Energiereserven verfügt.

Mit aller Macht versuchen deshalb die Amerikaner, ihre Weltmachtposition zu stärken. So erklären sich die verstärkten Ausspäh-Aktivitäten der *National Security Agency* (NSA), die Bohrungen nach Gas und der Wunsch nach einem Freihandelsabkommen. Es bietet den amerikanischen Konzernen einen riesigen Absatzmarkt mit mehr als 800 Millionen Verbrauchern. Doch selbst dieser Riesenmarkt ist für die US-Regierung, die EU-Kommission und Angela Merkel nur ein Schritt hin zu ihrem wirklichen Ziel: Auf der Grundlage ihrer neoliberalen Ideologie, die den Einfluss der Politik möglichst klein halten will, planen sie einen möglichst unregulierten Kapitalismus für die ganze Welt. Dafür haben sie bereits zahlreiche Freihandelsabkommen abgeschlossen. Und nun soll das größte Abkommen dieser Art hinzukommen - weitere, zum Beispiel mit China, sind angedacht.

Wenn dieser Plan gelingt, dann sitzen jene, die eine gerechte, eine ökologische, eine demokratisch organisierte Weltwirtschaft wollen, in der Falle. Denn Freihandelsabkommen sind selten kündbar.

aus: Publik-Forum (Dossier) vom April 2014

DAGS im Internet

Ab sofort findet Ihr uns im Internet unter www.dags-konvent.de

Hier könnt Ihr in allen Jahrgängen der Informationsblätter stöbern, erfahrt, woran DAGS gerade arbeitet, oder könnt mit uns im Diskussionsforum diskutieren.

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

Beiträge und Anregungen bitte an mathias.mees@web.de

Unser nächstes Treffen findet statt am 1. September 2014 von 18.00 bis 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg). Schwerpunktthema: Vorbereitung des Workshops „Ungerechte Arbeitsverhältnisse- Wer empört sich?“ beim Brüder- und Schwesterntag

Singt dem Herrn, alle Länder der Erde! Verkündet sein Heil von Tag zu Tag!

(Monatsspruch August 2014 aus Chronik 16, 23)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg